

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gudrun Kopp, Michael Kauch, Ulrike Flach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/9668 –**

www.energie-verstehen.de – Einheitlichkeit der Außendarstellung der Politik der Bundesregierung

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 3. Juni 2008 hat der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, ein neues Internetportal (www.energie-verstehen.de) vorgestellt. Verantwortlich für das Portal zeichnet laut Impressum das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

Das Portal soll über Zusammenhänge, Wirkungsweisen und Akteure auf dem Strommarkt informieren und damit Verbraucherinnen und Verbraucher über ihre Handlungsmöglichkeiten aufklären. Insbesondere sollen Energiespartipps und hilfreiche Links vermittelt werden. Darüber hinaus soll aber auch die Energiepolitik der Bundesregierung erläutert werden. Unter der Rubrik „Energemix – Einstiegsinfos“ wird in Kapitel 6 (Geht es ohne die Kernenergie?) nachdrücklich auf die Vorzüge einer weiteren Nutzung der Kernenergie hingewiesen.

1. Stimmt die Bundesregierung der Beurteilung zu, dass die Kernenergie „ein wichtiger Faktor bei der Absicherung der Grundlastversorgung“ (<http://www.energie-verstehen.de/Energieportal/Navigation/energiemix,did=249680.html>, 03.06.08) ist?

Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nehmen die Bundesressorts ihre Aufgabe wahr, die Bevölkerung zu wichtigen Themen zu unterrichten. Im Hinblick auf eine breite Aufklärung können unterschiedliche Akzente gesetzt und damit verschiedene Aspekte einer Thematik beleuchtet und verdeutlicht werden. Nach dem grundgesetzlich verankerten Ressortprinzip leitet jede Ministerin oder jeder Minister ihren oder seinen Aufgabenbereich selbständig und in eigener Verantwortung (siehe Artikel 65 Satz 2 GG). Texte auf einer Internetseite eines Bundesministeriums stehen in dessen Verantwortung. In der Frage des Nutzens und der Wirtschaftlichkeit der Kernenergie bestehen in der Bundesregierung unterschiedliche Auffassungen. Deshalb wird auf eine Stellungnahme zu unter-

schiedlichen Positionen auf den von den Ressorts gestalteten Internetseiten nicht eingegangen.

2. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass „Stromerzeugung aus Kernenergie in Deutschland [...] heute außerordentlich kostengünstig und nahezu ohne Treibhausgasbelastung [erfolgt].“ (<http://www.energie-verstehen.de/Energieportal/Navigation/energiemix,did=249680.html>, 03.06.08)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Hält die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Argumentation des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für schlüssig, wonach die Kernenergie das Klima offenkundig nicht schützen kann, weil ansonsten die Pro-Kopf-Emissionen an Kohlendioxid in den USA angesichts von 103 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken nicht die höchsten der Welt sein könnten (http://www.bmu.de/atomenergie/ausstieg_atomenergie/doc/2715.php, 03.06.08), oder hält sie es für möglich, dass Pro-Kopf-Emissionen auch durch andere Faktoren als durch Anlagen zur Stromerzeugung verursacht werden könnten?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

4. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die „Stromerzeugungskosten der laufenden Kernkraftwerke [...] in Deutschland derzeit rund 2,7 Cent pro Kilowattstunde [...] betragen und wegen [...] des geringen Anteils der Urankosten bei den Gesteungskosten von Strom aus Kernenergie [...] Uranpreissteigerungen nur einen sehr geringen Einfluss auf den Strompreis [haben].“ (<http://www.energie-verstehen.de/Energieportal/Navigation/energiemix,did=249680.html>, 03.06.08)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

5. Stimmt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund der Einschätzung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu, wonach die weltweiten Uranvorräte in „30 bis 40 Jahren“ (http://www.bmu.de/atomenergie/ausstieg_atomenergie/doc/2715.php, 03.06.08) erschöpft sein werden?

Wenn nein, wann sind nach Meinung der Bundesregierung die globalen Uranvorräte erschöpft?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

6. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass Deutschland bei einem Festhalten am Ausstieg aus der Kernenergienutzung „ab etwa 2020 auf die vielfältigen Vorteile der Stromerzeugung aus Kernkraftwerken verzichten“ (<http://www.energie-verstehen.de/Energieportal/Navigation/energiemix,did=249680.html>, 03.06.08) müsste?

Wenn ja, warum verzichtet die Bundesregierung auf diese Vorteile?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

7. Stimmt die Bundesregierung der Aussage zu, „dass längere Laufzeiten für bestehende Kernkraftwerke eine zusätzliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu günstigen Kosten ermöglichen, die Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugung verbessern und gleichzeitig die Sicherheit der Energieversorgung erhöhen würden.“ (<http://www.energie-verstehen.de/Energieportal/Navigation/energiemix,did=249680.html>, 03.06.08)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

8. Hält die Bundesregierung diese Aussage für vereinbar mit der Einschätzung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, wonach Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke Investitionen in moderne effiziente Kraftwerke sowie in eine wettbewerbsfähige und innovative Energieversorgung verhindern, unrentabel sind und mittelfristig die Versorgungssicherheit gefährden (http://www.bmu.de/atomenergie/ausstieg_atomenergie/doc/2715.php, 03.06.08)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

9. Ist die Bundesregierung der Meinung, dass eine Strategie der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke „den Versuch der Unternehmen [dokumentiert], mit alten und technisch überholten Investments möglichst lange Geld zu verdienen.“ (http://www.bmu.de/atomenergie/ausstieg_atomenergie/doc/2715.php, 03.06.08)?

Wenn nein, warum nicht?

Falls ja, warum fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie „technisch überholte Investments“?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

10. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, wonach „[d]ie Endlagerung hochaktiver, Wärme entwickelnder Abfälle, für die in Deutschland bisher der Salzstock Gorleben erkundet wird, [...] auf der Grundlage nationaler und internationaler Forschungsergebnisse technisch sicher realisierbar [ist].“ (<http://www.energie-verstehen.de/Energieportal/Navigation/energiemix,did=249680.html>, 03.06.08)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

11. Ist diese Einschätzung mit dem innerhalb der Bundesregierung im Hinblick auf Fragen der Endlagerung radioaktiver Abfälle federführenden Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit abgestimmt?

Wenn nein, teilt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit diese Einschätzung?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

12. Plant die Bundesregierung vor diesem Hintergrund eine Novellierung des Atomgesetzes mit dem Ziel, die Restlaufzeiten der in Deutschland betriebenen Kernkraftwerke über eine Ausweitung der in Anlage 3 des Atomgesetzes festgelegten Reststrommengen zu verlängern?

Wenn nein, warum nicht?

Nein. Zwischen den Koalitionspartnern bestehen hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung unterschiedliche Auffassungen.

13. Hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sich bei der Erstellung der Website www.energie-verstehen.de mit anderen Ressorts der Bundesregierung abgestimmt?

Falls nein, warum nicht?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

14. Wie hoch waren die Kosten für die Erstellung des Informationsportals www.energie-verstehen.de?

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 15/2912) ausführlich dargestellt, warum es ihr nicht möglich ist, einzelne Agenturen mit Auftragsvolumina namhaft zu machen. An dieser Auffassung hält sie fest.

15. Welche der beiden sich widersprechenden Beurteilungen der Kernenergienutzung in Deutschland durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie bzw. durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit spiegelt die Haltung der Bundesregierung wider?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

16. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stellenwert einer einheitlichen Außendarstellung der Politik der Bundesregierung durch die Bundesministerien?

Die Bundesregierung räumt der einheitlichen Außendarstellung ihrer Politik einen hohen Stellenwert ein. Die Darstellung unterschiedlicher Akzente und verschiedener Aspekte einer Thematik steht dem nicht entgegen. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 12 verwiesen.

17. Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um eine einheitliche Außendarstellung der Politik der Bundesregierung zu gewährleisten?

Es wird auf die Antwort zu Frage 16 verwiesen.